

# Amts- und Anzeigebatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließlich  
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 25 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: G. Hannebohn in Eibenstock.

45. Jahrgang.

**N 105.****Dienstag, den 6. September****1898.**

### Bekanntmachung.

Es wird hiermit erneut zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienstlich verboten ist:

- 1) jede Beteiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Geldsammelungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubnis ertheilt ist,
- 2) jede Dritten erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausrufe, Gesänge oder ähnliche Kundgebungen,
- 3) das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen und sonstige Dienstlokale.

Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienstlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntniß gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in Kasernen oder anderen Dienstlokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten.

Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Übungen eingezogenen und für die zu Kontrollversammlungen einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes, welche gemäß § 6 des Militär-Strafgesetzbuches und § 38 B. 1. des Reichs-Militärgegesches bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung bzw. der Kontrollversammlung den Vorschriften des Militär-Strafgesetzbuches unterstehen.

Dresden, den 2. September 1898.

**Kriegs-Ministerium.**  
v. d. Planitz.

### Bekanntmachung.

Es wird hiermit erneut zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienstlich verboten ist, sich auf Veranlassung von Civilpersonen mit dem Vertrieb von Druckwerken und Waaren innerhalb von Truppenteilen oder Behörden — seien dies nun ihre eigenen, oder fremde — zu befassen.

Den Unteroffizieren und Mannschaften ist zugleich befohlen, von jeder seitens einer Civilperson an sie ergehenden Aufforderung zum Vertrieb von Druckwerken oder Waaren ihren Vorgesetzten Meldung zu machen.

Dresden, den 2. September 1898.

**Kriegs-Ministerium.**  
v. d. Planitz.

### Aus der Woche.

Nun hat's keine Noth mehr! Des Zaren Friedenswert und die Henrysche Falschung mit allen ihren Folgen bieten den Blättern Stoff in Hülle und Fülle. War doch ohnehin der Dreyfushandel schon ziemlich langweilig geworden. Aus all' den Prozessen gegen Zola, Labori, Esterhazy und Picquart kam nichts Neues mehr heraus. „Dreyfus ist unschuldig!“ Das war ein Axiom bei einer großen Zahl vorurtheilsreicher Franzosen, deren Name einen guten Klang hat. „Dreyfus darf nicht unschuldig sein!“ Nach diesem Rezept ließ der in Frankreich übermächtige Generalstab alle die einschlägigen Prozesse führen. Die frankhafte Sucht der Franzosen, alle Vorgänge des politischen Lebens mit den Niederlagen von 70 und 71 in Verbindung zu bringen, — die fixe Idee der Rebanche, sie sind an all' dem Kopfverwirrenden Unheil schuld, das der Dreyfushandel zu Tage fordert. Die Gefangenheit nach jener Richtung hin und die Freude, Deutschland eins anzuhängen, schlug Generale, Minister und einen großen Theil des Volkes mit Blindheit und machte sie zu Narren eines plumpen Jägers, der obendrein noch glaubt, ein patriotisches Werk zu thun. Er soll es gar nicht haben fassen können, daß ihn der Kriegsminister ins Gefängnis abschicken ließ. Was hatte er denn verbrochen? Einfach ein Schriftstück gefälscht, um den Generalstab, der sich ziemlich stark blamiert hatte, in der öffentlichen Meinung herauszureißen. Dafür hätte er den Dank des Vaterlandes verdient. Statt dessen steht man ihm ins Gefängnis. Man kann die Wuth des Mannes begreifen, die ihn zum Rastfresser greifen ließ, um sich die Kehle abzuwickeln. Aber so leicht wie ein Hals läßt sich die öffentliche Diskussion nicht abhaken, bei der man immer mehr dahinterkommt, daß man es beim ganzen Dreyfushandel mit einer Bandenkurferei zu thun hat, wie es ja auch Bandendiebstahl giebt. Esterhazy, du Path und Henry — ein fauler Kleckblatt und dazu noch die Generale Pelleux, Boisdeffre und Gonse, die mit Eid u. Ehrenwort für dieses Kleckblatt eintraten. Der Verbündete an der Reise muß an diesen Enthüllungen mindestens ebenso Freude haben, wie die Franzosen selbst an der Friedenskonferenz des Zaren, die sie aller Hoffnungen auf Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens beraubt. Dass die europäischen Herrscher sich der zarischen Einladung zu einer Friedenskonferenz nicht entziehen können, war vorauszusehen und die Idee des allgemeinen Weltfriedens mügte bei allen Menschenfreunden ein begeistertes Echo weden. Mehrere Potentaten, so der deutsche Kaiser, Papst Leo, der Sultan, König Leopold haben schon ihre Bereitwilligkeit der zarischen Anregung gegenüber zu erkennen gegeben, aber die Wirklichkeit ist rauh und mit der Ausrüstung wird es wohl noch gute Weile haben. Die militärischen Verteilungen aus den meisten Staaten Europas lassen nicht merken, daß man sich die Ausrüstung als bald bevorstehend denkt. Was es mit den Blättermeldungen wegen neuer Mehrforderungen für das deutsche Heer auf sich hat, läßt sich heute noch nicht übersehen. In Rheinhessen sollte, wie es hieß, ein

neues Armeecorps gebildet werden, sogar auch für Ostpreußen wäre noch die Bildung eines zweiten Armeecorps geplant, wenn man der Meldung eines Provinzialblattes Glauben schenken darf. Belgien will sich eine Kriegsmarine zulegen. Schweden Befestigungen gegen Russland und Norwegen errichten. Frankreich stellt 100 Millionen Franc mehr in seinen außerordentlichen Heeresetat ein, und die 30,000 Gewehre, die der Friedenszar dem Fürsten von Montenegro geschenkt hat, werden auch nicht verstossen, ohne vorher strapaziert worden zu sein. Wofür sollen unsere jungen Damen schwärmen, wenn es keine Leutnants mehr, unsere weiblichen Dienstboten, wenn es keine Grenadiere und Füsilier mit den schönen bunten Röcken und blanken Knöpfen mehr gibt. Was sollte werden, wenn 300 deutsche Städte ihre Garnisonen verlieren würden und die Pulverfabriken nur noch für die Kunsteuerwerker zu thun hätten? Unsere schönen neuen Kanonen, die Schnellfeuergeschütze, könnte man ja allenfalls zu Kirchenglocken umgießen, die den Frieden verkünden, den die Menschheit schon seit Jahrtausenden vergeblich erachtet.

können, daß sich diese Machtverschiebung zu Gunsten Englands in Südafrika nicht vollzieht, ohne daß genügende Sicherheit für die Schadloshaltung berechtigter Interessen geboten würde. Wie weit das jetzt abgeschlossene Abkommen dieser Forderung entspricht, wird sich erst beurtheilen lassen, wenn es seinem ganzen Inhalte noch bekannt wird. Wir geben uns bis dahin der Hoffnung hin, daß die bei dem Vertrage von 1891 gemachten trüben Erfahrungen die jetzige Regierung davor bewahrt haben werden, irgend welche Rechte oder Interessen preiszugeben, ohne dafür ausreichende Kompenstation zu erlangen.

Zu dem russischen Abrüstungsvorschlag wird der „Schl. Ztg.“ anscheinlich offiziell geschrieben: Die von dem russischen Blatte „Italie“ gebrachte und von einigen deutschen Zeitungen aufgenommene Nachricht, die Mächte des Dreibusches hätten bereits beschlossen, das Friedensmanifest des Zaren mit einer gemeinsamen Kundgebung zu beantworten, entspricht den Thatsachen nicht. Es findet natürlich unter den Kabinetten der befreundeten Mächte ein Meinungsaustausch statt, wie denn auch in den häufigen Besprechungen unseres Botschafters in London mit dem zeitweiligen Vertreter Lord Salisburys gewiß des Konferenzvorschlags gedacht wird. Aber derartige Unterredungen der Diplomaten nehmen noch immer eine geraume Zeit in Anspruch, bis sie zu einem Beschlusse führen. Zur Stunde steht fest, daß die Kaiserlich-deutsche Regierung ihre grundlegende Zustimmung zu dem russischen Vorschlage zu Beginn gegeben hat und daß die Vertreter Deutschlands im Auslande angewiesen worden sind, hieron auch die Regierungen der Mächte zu versöhnen, bei denen sie beglaubigt sind. Zu hoffen, ja mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß die Staaten des Dreibusches sich in geschlossener Reihe auf den Boden des russischen Planes stellen. Ob dieses Einverständnis aber in einer gemeinsamen Kundgebung zum Ausdruck gebracht wird, muß dahingestellt werden.

Die Durchfahrt der Manöverflotte durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal ist programmatisch in verhältnismäßig kurzer Zeit glatt vor sich gegangen. Es ist das nicht nur ein gutes Zeichen für die Leistungsfähigkeit des Kanals, sondern auch für die Tüchtigkeit unserer Flottenteilung, jemal unmittelbar vorher die Flotte in der Ostsee schweren Stürme zu bestehen hatte, die verschiedene Havarien und Säderungen veranlaßten. Vor zwei Jahren hat eine Durchfahrt der Übungsschiffe durch den Kanal am 13. und 14. August stattgefunden, welche auch befriedigend vor sich ging, aber eine erheblich längere Frist in Anspruch nahm. Es sind im Laufe der Zeit verschiedene Klagen über Mängel am Kanal laut geworden. Daß ein solches Werk nicht vollkommen sein kann, das Verbelebungen und Nachhilfen notwendig werden, ist selbstverständlich. Im Ganzen jedoch bestätigt der nunjährige Betrieb, daß mit dem Nordostseekanal die deutsche Technik und Industrie eine höchst anerkennenswerte Leistung geschaffen hat. Man muß dabei berücksichtigen, daß nicht nur die Baufrist völlig eingehalten worden ist, sondern auch die zur Verfügung gestellten

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die seit mehreren Wochen verbreiteten Gerüchte über ein deutsch-englisches Abkommen beginnen mehr greifbare Gestalt anzunehmen. Allem Anschein nach ist eine vorläufige Übereinkunft in London unterzeichnet worden. Die englische Sensationspresse hat sich der Sache bemächtigt und ergiebt sich in Phantasien, die sich bis zu einem Schutz- und Trutzdienst steigern. Vergleichene Ausschreibungen bedürfen seiner besonderen Widerlegung. Wie die „B. N. R.“ schreiben, handelt es sich überhaupt um kein Abkommen, bei dem die allgemeinen Beziehungen des Reichs zu den Großmächten im entferntesten in Frage kommen. Vielmehr dreht es sich ganz allein um koloniale Fragen und zwar um solche auf afrikanischem Boden. Was den Inhalt des Abkommens anlangt, so ist zur Stunde Sicherstes darüber nicht zu erfahren. Am richtigen dürfte die Annahme sein, daß es den portugiesischen Kolonialbesitz in Afrika betrifft, wobei dieser als Bürgschaft für eine finanzielle Transaktion in Betracht käme. Sehr naheliegend ist der Gedanke an die Delagoabai, auf welche England bekanntlich schon seit langer Zeit ein Auge aufgeworfen und bezüglich deren es sich das Vorlaufsrecht vertragsmäßig gesichert hat. Damit ist ein Punkt berübt, hinsichtlich dessen wir uns gewichtiger Bedenken nicht entholzen können. Die Delagoabai ist der natürliche Hafen für Transvaal; der Übergang derselben in englische Hände würde nicht nur für die Buren-Republik einen schweren Schlag bedeuten, sondern auch große deutsche Kapitals- und Handels-Interessen berühren. Wenn Deutschland auch nicht verbünden könnte, daß England bei der finanziellen Bedrängnis Portugals einmal in die Lage käme, von seinem Vorlaufsrecht Gebrauch zu machen, so hätte es doch durch das Gewicht seines Ansehens erreichen